

Vaterländische Fragen

Autor(en): **Steiger, J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **10 (1912)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VATERLÄNDISCHE FRAGEN

Es lässt sich nicht leugnen, der 1. August wurde dieses Jahr unter unerfreulichen Auspizien gefeiert; das trübe Wetter war wie ein Symbol der inner- und außerpolitischen Konstellationen, die viel zu denken geben.

Die Ersatzwahl für den verstorbenen Bundesrat Deucher hat da zum Beispiel in der Ostalpengegend sonderbare Früchte gezeitigt. Es ist auch den eifrigsten Verfechtern des Splügenprojektes außerhalb des Kantons Graubünden heiß geworden bei den sonderbaren Protesten, die wegen angeblicher ungerechter Umgehung des jetzigen Ständeratspräsidenten *Calonder* erhoben worden sind. Im Kanton Graubünden ist ja unter anderm beantragt worden, man solle den 1. August nicht feiern. Da man aber hieraus eine Schädigung der Fremdenindustrie befürchtete, so wurde befürwortet, wenigstens keine Bundesfeierkarten zu kaufen, die zu Gunsten des roten Kreuzes in der ganzen Schweiz vertrieben wurden. Offizielle Proteste wurden erlassen, weitere Versammlungen auf den Herbst in Aussicht gestellt. Zu diesem unerquicklichen Stimmungsbild kam nun noch der *Generalstreik in Zürich*. Die *Annahme des Gotthardvertrages* durch Italien, womit nun der fatale Vertrag von den beiden beteiligten Großstaaten genehmigt ist, ließ in weiten Kreisen keine fröhliche Stimmung aufkommen. Das Genfer Journal bemerkte in einem ernstern Bundesfeierartikel:

Trotz dieser vielen Ursachen zur Freude und Dankbarkeit würden wir die Wahrheit leugnen, wenn wir uns verhehlen wollten, dass sich dieses Jahr in die Freude bange Angst und Sorge für die Zukunft mischen. Wir müssen offen eingestehen, dass seit einem halben Jahrhundert die internationale Lage der Schweiz noch selten kritischer gewesen ist. Selten hat sie wie jetzt so viel Widerstandskraft und Heimatliebe vom ganzen Volk und von seinen obersten Behörden erfordert. Wir denken dabei natürlich zunächst an die bevorstehende Behandlung des *Gotthardvertrags* in den eidgenössischen Räten.

. . . Dann aber denken wir ganz besonders auch an die immer drohender auftretende *wirtschaftliche Überschwemmung* durch das Ausland.

Diese Invasion, die ständig und methodisch fortschreitet, namentlich in der deutschen Schweiz von unserm nördlichen Nachbar her, ist gegenwärtig eine nationale Gefahr, gegen die wir alle Kräfte sammeln müssen. Im Angesicht dieser Gefahr, die, weil verborgen und schleichend, viel gefährlicher ist als ein Angriff mit bewaffneter Hand, muss man an die Zeit zurückdenken, wo unsere Vorfahren mit ihren Hellebarden den Ansturm der österreichischen Herren zurückwiesen. Die zeigten wenigstens mit der

Waffe in der Hand offen ihre feindlichen Absichten. *Die heutigen Eroberer kommen mit goldgefüllten Händen und mit gewinnendem Lächeln auf den Lippen.* Und deswegen sind sie in unserer geldsüchtigen Zeit, wo die materiellen Interessen vorwiegen und die Charaktere verschwinden, um so gefährlicher.

Die Zeit des Aufwachens ist gekommen. Wenn wir noch länger warten, wird es zu spät sein. Ein Wertmesser für das Zutrauen, welches das Volk in seine Behörden setzen darf, denen es die Führung in diesem Kampf für die nationale Verteidigung überlassen soll, wird die *Behandlung des Gott-hardvertrags in den Räten* sein. Sollten in diesem Augenblick zu allem Unglück die eidgenössischen Räte das Vertrauen des Volkes täuschen, so sollen sie sich nicht wundern, wenn ihr Ansehen von Grund aus erschüttert würde und das Volk selber die Zügel an die Hand nähme.

Es ist gerechtfertigt, wenn man zunächst der Bedeutung dieser Erscheinungen und der Berechtigung dieser Stimmungen etwas näher nachforscht und wenn man sich Rechenschaft ablegt, wo wir eigentlich stehen.

DIE HEUTIGE LAGE

Im Juli erlebte man das Schauspiel, dass eine schweizerische Stadt von 200 000 Einwohnern auf einen Tag dem Machtgebot großenteils ausländischer Arbeiteragenten ausgeliefert war, die kantonale und städtische Behörden für einen Tag und einen Teil der Verwaltung einfach außer Wirksamkeit setzten und den städtischen Verkehr lahm legten. Man hatte zwar schon einige Tage vorher mit aller Sicherheit gewusst, dass der Streik zum Ausbruch kommen würde, tat aber nichts Ernsthaftes, um Ausschreitungen zu verhindern. Die Behörden wussten ja, dass wir im Zeichen des nicht bloß vermeintlichen *Klassenkampfes* stehen. Wenn die Arbeiterpartei oder besser gesagt die vornehmlich ausländischen Häuptlinge sich dank der Sorglosigkeit der Behörden eine kleine Überrumpelung gestatten konnten, wie die Japaner seinerzeit bei Port Arthur, so ist es völlig gerecht, wenn sich der Zorn der leidenden Bevölkerung mehr gegen die Behörden richtet als gegen die streikenden Arbeiter, die dem Machtgebot zielbewusster Agitatoren gefolgt sind und die unter dem Vorkommnis am meisten gelitten haben.

Wir möchten dieser Eintagsfliege nicht zu große Bedeutung beimessen oder sie gar zu einer vaterländischen Frage stempeln. Wichtig ist nur der Umstand, der diesen Streik allerdings in ein

besonderes Licht setzt, dass Zürichs interner Verkehr tatsächlich für den einen Tag unter *ausländischem* Kommando stand; die Streikbefehle wurden größtenteils in *schwäbischem* Idiom erteilt. Da wurde man unwillkürlich an die *Fremdenfrage* im Allgemeinen erinnert, die eine bedrohliche Gestalt angenommen hat. Das geht deutlich aus den Ergebnissen der verschiedenen Volkszählungen hervor:

Zählung	Schweizerbürger		Ausländer		Auf 1000 Schweizer kommen Ausländer
	absolut	in ‰ der Gesamtbevölkerung	absolut	in ‰ der Gesamtbevölkerung	
1910	3 199 706	850	565 296	150	177
1900	2 934 430	882	392 896	118	134
1880	2 635 067	926	211 035	74	80
1870	2 518 240	943	150 907	57	60
1850	2 321 170	970	71 570	30	21

Die einheimische Bevölkerung hat in den letzten 60 Jahren um 878 536 Seelen (zirka $\frac{1}{3}$) zugenommen; die Zahl der Ausländer dagegen ist um 493 726 Seelen gestiegen. Die durchschnittliche jährliche Zunahme der Ausländer betrug in der Periode 1900—1910 17 240, 1888—1900 12 882, 1880—1888 3410, 1870—1880 6013, 1860—1870 3605, 1850—1860 4048. Im Vergleich zu dieser Zunahme ist die Zahl der Naturalisationen — von 1901—1908 durchschnittlich 3258 im Jahr — mehr als bescheiden.

In Basel und Genf, die am meisten mit Ausländern gesegnet sind, ist der Zuwachs geringer als in ländlichen Kantonen, wie folgende Tabelle beweist:

	Von tausend Personen der Gesamtbevölkerung waren Ausländer			Von tausend Personen der Gesamtbevölkerung waren Ausländer	
	1909	1910		1909	1910
Schweiz	118	150	Baselland	110	143
Zürich	164	204	Schaffhausen	186	235
Bern	43	56	Appenzell A.-Rh.	48	70
Luzern	45	72	Appenzell I.-Rh.	26	32
Uri	74	71	St. Gallen	115	176
Schwyz	54	69	Graubünden	148	188
Obwalden	33	49	Aargau	49	80
Nidwalden	47	55	Thurgau	134	192
Glarus	48	85	Tessin	227	287
Zug	81	110	Waadt	120	156
Freiburg	36	53	Wallis	74	114
Solothurn	42	63	Neuenburg	106	110
Baselstadt	382	382	Genf	403	410

Wenn in einer Reihe von Kantonen die Zahl der Ausländer $\frac{1}{5}$ bis $\frac{2}{5}$ der Gesamtbevölkerung ausmacht, so steht die Dringlichkeit einer radikalen Lösung der Fremdenfrage außer Zweifel,

trotz aller Schwierigkeiten, die in der staatsrechtlichen Grundlage des Kantons- und Schweizerbürgerrechts wurzeln, indem beide an das Gemeindebürgerrecht gebunden sind und dieses zudem mit der Armenunterstützungspflicht verknüpft ist.

Mehr als die Hälfte (53 %) der Ausländer befinden sich, nach amtlichen Darlegungen, in den größeren Städten. Auf 1000 Schweizer kommen in den Städten 41, in den übrigen Gemeinden 11 Angehörige anderer Staaten. Im Jahr 1910 trat der Gegensatz in der Verteilung der Ausländer nach Stadt und Land noch stärker hervor; das ausländische Element hat im Laufe der letzten 10 Jahre in den Städten um 40 %, in den übrigen Gemeinden dagegen um 49 % zugenommen. Diese auffallende Vermehrung der Fremden in den ländlichen Gebieten kommt in ihrer Verteilung nach den drei typischen wirtschaftlichen Gruppen von Bezirken sehr scharf zum Ausdruck.

Während die Zahl der Schweizerbürger in den gewerblichen Bezirken um 12 %, in den gemischten Bezirken um 6 % und in den landwirtschaftlichen Bezirken um 3 % zugenommen hat, ist die Zahl der Ausländer gestiegen: in den gewerblichen Bezirken um 44 %, in den gemischten um 34 % und in den landwirtschaftlichen um 80 %. Die Zahl der Ausländer in landwirtschaftlichen Gegenden ist von 14,249 Seelen auf 25,701 Seelen, also fast auf das Doppelte angewachsen.

Die weitere Bearbeitung des Zählmaterials von 1910 wird ergeben, ob sich die Zahl der Fremden mehr aus fluktuierenden oder aber aus ansässigen Elementen zusammensetzt, ein Nachweis, der natürlich für die eingehendere Beurteilung des Ausländerproblems von entscheidender Bedeutung ist.

Die Ausländer nehmen nicht nur durch Einwanderung zu, sondern vermöge des nachweisbar stärkern Geburtenüberschusses.

Bis jetzt hat der Bundesrat in der Fremdenfrage eine auffallend untätige Haltung beobachtet. Man hat alles der Privatinitiative überlassen, die unter dem Vortritt Genfs allerdings seit einigen Jahren kräftig gearbeitet hat. Ein interkantonaler Ausschuss, bestehend aus Vertretern von Genf, Zürich und Basel, hat zuhanden der Bundesbehörden bestimmte Vorschläge für die Lösung der Einbürgerungsfrage ausgearbeitet. Die Bewegung soll in nächster Zeit auf eine breitere Basis gestellt werden. Sie darf um so eher

auf Anklang hoffen, als auch in landwirtschaftlichen Kantonen die Fremdenfrage anfängt eine Rolle zu spielen.

* * *

Bedrohlich ist die Fremdenfrage nicht nur durch die Zahl der Fremden, sondern durch ein Moment, das *Dr. C. A. Schmid* in Zürich in der früher hier zitierten Arbeit, „die Schweiz im Jahre 2000“ mit Recht erwähnt:

Diese Abhängigkeit ist nicht nur eine numerische, indem wir nicht genügende Arbeitskräfte haben, sondern auch eine qualitative, indem wir nicht genügend Arbeitskräfte haben, die eine bestimmte wirtschaftlich unbedingt notwendige Fertigkeit und Fähigkeit besitzen. Es hängt dies damit zusammen, dass wir unsere Nachkommen ohne Ausnahme Schreiber werden lassen und die Handwerke samt und sonders vernachlässigen. Wir tendieren auf Fabrikarbeit und auf Bureauarbeit. Handarbeit ist verpönt. Darin ist das untrügliche Symptom der Dekadenz zu erblicken. Die selbständig Erwerbenden sind bei uns je länger je weniger unsere eigenen Leute als vielmehr Fremde. *Wir* suchen uns eine Staatsstelle oder eine öffentliche Stellung irgend welcher Art zu sichern.

Man wird gut tun, sich bei der allgemeinen Beurteilung der Einbürgerung von Ausländern dieses Moment vor Augen zu halten. Es findet seine Bestätigung im Bericht der Fabrikdirektoren. Mit der Lösung der Einbürgerung ist in der Tat die Ausländerfrage noch lange nicht erledigt.

Dr. Schmid fürchtet, dass eine tatsächlich endgültige Lösung der Fremdenfrage ohne Anschluss an Deutschland unvermeidlich sei.

Der in absehbarer Zukunft erfolgende *Anschluss an das uns mit seiner Einwanderung überflutende Großreich* wird sich nicht etwa in kriegerischen Formen vollziehen, sondern als reiner Entwicklungsprozess in aller Ruhe und Konsequenz abwickeln. Der Vollzug wird natürlich nicht vom Großreiche selbst ausgehen, sondern der Anschluss wird sich auf Grund des geäußerten Verlangens der Kolonie, das heißt der vollständig von Fremden überfluteten Schweiz ergeben. Es ist schon richtig, dass sich die Fremden um unsere politischen Rechte an und für sich nicht so bekümmern, dass sie sich den Erwerb ihrer Ausübungsbefugnis den Preis eines Bürgerrechtes wollten kosten lassen. Wenn aber einmal 50 Prozent unserer Bevölkerung Fremde sein werden und zwar in der deutschen Schweiz Reichsdeutsche, so werden sich diese Deutschen sehr intensiv um politische Rechte bekümmern. Sie werden sich ihres mächtigen *wirtschaftlichen* Einflusses bedienen, um „ohne Einbürgerung“ in den Besitz politischer Rechte zu gelangen, um so die Rechtslage nach ihren Interessen zu gestalten. Wenn wir dann noch der Meinung sind, die Fremden haben in unserem Lande nichts zu bedeuten, so werden sie uns eines Bessern belehren. Sie werden sich unter dem Drucke, den das große deutsche Reich spielen lassen wird, politische Rechte

nehmen und dann zufolge ihres Einflusses, den sie mit dem Anhang, der ihnen sowieso sicher ist, ausüben können, sich für den Anschluss an das Großreich aussprechen, weil die wirtschaftlichen Vorteile dazu drängen. Alsdann hat die Ausländerfrage aber auch unsere nationale Existenz sich ausgelebt.

Diese Äußerung stimmt teilweise überein mit einem in der Schweiz viel besprochenen Aufsatz der Berliner Zeitschrift „Gegenwart“, wo unter anderm zu lesen steht:

Zwei gefährliche Rivalen stehen Deutschland im *internationalen Wettbewerb um Italien* gegenüber — Frankreich und die Schweiz. Der Einfluss beider Wirtschaftsgebiete ist noch heute ein sehr starker, weil ein sehr alter. Der Rückgang in der französischen Industrie und Großunternehmung ist freilich geeignet, Frankreich in absehbarer Zeit aus seiner bevorrechteten Position zu verdrängen. *Auch die Schweiz muss schließlich vor der deutschen Industrie die Fahnen streichen.* Die Industrialisierung Italiens schreitet rüstig von Norden nach Süden vorwärts und die Erzeugnisse deutschen Gewerbefleißes sind es, die sich hier überall Bahn brechen. *Fortan wird das schweizerische Wirtschaftsgebiet nicht mehr aus seiner günstigen Lage zum italienischen die Vorteile zu ziehen vermögen, die es bis dahin zog.* Als Durchfuhrland, in seinen deutschsprechenden Teilen fast einem wirtschaftlichen Dominium Deutschlands vergleichbar, wird es hinfort nur dazu dienen, deutsches und italienisches Wirtschaftsgebiet einander immer mehr zu nähern.

Zwei Länder aber, die in so engen wirtschaftlichen Beziehungen zueinander stehen, wird keine scheinbar noch so schwierige Konstellation dauernd zu trennen vermögen, denn nicht Machtpolitik: Wirtschaftspolitik ist die Losung unseres Jahrhunderts.

Der „Bund“ knüpft an diese Äußerung folgende zeitgemäße Betrachtung:

Mit andern Worten gesagt: Deutschland beansprucht das alleinige Recht, nach Italien exportieren zu dürfen; die Industrien der andern Länder sollen erdrosselt werden. Man begreift nun nachgerade die Gereiztheit von England und Frankreich Deutschland gegenüber angesichts einer solchen gewalttätigen Wirtschaftspolitik. Die Schweiz scheint alle Ursache zu haben, ebenfalls auf der Hut zu sein, will sie ihre wirtschaftliche und damit auch politische Unabhängigkeit wahren. *Wir haben unsere Alpenbahnen nicht mit schweren Opfern gebaut, um der deutschen Produktion den Absatz in Italien zu erleichtern und unsere eigenen Industrien verdrängen zu helfen.*

Die planmäßige, großzügige Fürsorge der deutschen Behörden, Verwaltungen und Banken für ihre Industrien, Gewerbe und den Export- oder Aktivhandel, unterstützt durch die Politiker und die Presse aller Parteisattierungen, zeitigt nunmehr die besten Früchte. Der Wohlstand des Landes wächst rasch, und damit kann Deutschland in vorbildlicher Weise kulturelle Aufgaben lösen, unter denen die Fürsorge für die Armen und Schwachen in erster Linie steht.

Die bei uns von außen her inszenierten Streike und Generalstreike tragen nur dazu bei, unsere wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Fortschritte auf sozialem Gebiet zu hemmen.

Wollen wir in der Schweiz nicht zurückstehen und im wirtschaftlichen Kampf nicht unterliegen, dann müssen wir unsere wirtschaftlich produktiven Kräfte von unten bis oben mehr stärken und fördern als bisher. Eine großzügige Eisenbahnpolitik bedingt vor allem jetzt eine weitsichtige und verständnisvolle *Wirtschaftspolitik, sonst verbluten wir an unsern Eisenbahnen.*

Wir stehen in der Tat nicht nur in Gefahr, durch eine falsche Eisenbahnpolitik materiell zu verbluten, sondern unsere bisherige wirtschaftliche Unabhängigkeit ernstlich dadurch zu verletzen, dass wir mit der Annahme des Gotthardvertrages auf ewige Zeit und dem etwaigen Bau der Splügenbahn — namentlich durch dieses zweite Moment — die Kontrolle über den Nord-Südverkehr an die Nachbarstaaten ausliefern.

Wir sind zwar nicht so pessimistisch, wie Dr. Schmid zu klagen: „Kein Staatswesen der Welt sieht wie das unsrige sein unrühmliches Ende in direkt greifbarer Nähe vor sich, nachdem es eine glorreiche Geschichte demokratischer Entwicklung hinter sich hat.“ Eher scheint er uns im Recht zu sein, wenn er sagt:

Das Bemühendste aber an der Sache ist doch, dass es keineswegs so kommen musste. Unsere Staatsklugheit — um nicht zu sagen Politik — hatte es in der Hand, seinerzeit den sich gestaltenden Verhältnissen den Weg im Sinne der Erhaltung unserer nationalen Selbständigkeit zu weisen. Sie hat nichts derartiges getan, sie hat, wie auch heute noch, den Dingen ihren Lauf gelassen. Man hat der freien Niederlassung in jeder Hinsicht unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse Tür und Tor geöffnet, nicht zugleich aber für die Einbürgerung im geringsten gesorgt.

Dass viel zu wenig geschehen, ist leider wahr. Aber viel wichtiger als die Niederlassungsfrage, die ohnehin vollends *nicht* gelöst werden kann, da die Schweizer stets weniger angenehme Arbeiten, wenn sie die Not nicht treibt, durch die Ausländer ausführen lassen, ist die Gefahr der *Verblutung durch eine falsche Eisenbahnpolitik*, welche die von Deutschland in wirtschaftlicher, von Italien in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung versuchte Einkreisung der Schweiz erleichtert und verschärft. Dass die Absicht einer solchen Einkreisung besteht, unterliegt keinem Zweifel; das beweist die ganze seinerzeit hier erörterte Geschichte des *Gotthardvertrags*: die Überrumpelung des Bundesrats mit unmög-

lichen Forderungen nach absichtlichem, jahrelangem Stillschweigen und andere schlimme Züge.

Ein weiteres Beispiel für die wirtschaftliche Einkreisung ist der *Mehlzollkonflikt mit Deutschland*, der dadurch entstanden ist, dass die deutsche Regierung mit Erfolg versucht hat, durch Rückvergütungen auf den Getreidezöllen an die deutschen Mühlen den Effekt des Zollvertrags mit der Schweiz für Mehl teilweise zu vernichten, um in planmäßiger Weise den großen rheinischen Mühlen das Monopol im schweizerischen Mehlerverkauf in die Hand zu spielen. Das ist allerdings nur zum Teil gelungen. Der Import von deutschem Mehl ist in kurzer Zeit von 83 669 Doppelzentnern im Jahr 1906 auf 457 705 Doppelzentnern 1908 und 427 751 Doppelzentner 1910 gestiegen. Das stellt einen Drittel der ganzen Produktion dar. 1911 ist die Ziffer auf 388 010 Doppelzentner gesunken. Das Vorgehen war durchaus vertragswidrig und schädigte sogar der kleinen deutschen Mühlen. Deutschland hat mit kühlen Worten das nach dem Vertrag berechnete Begehren der Schweiz nach einem Schiedsgericht wohlweislich abgelehnt. Als die Spannung immer größer wurde, hat Deutschland die erwähnte Rückvergütung ein wenig ermäßigt, was die Lage der Müllerei etwas erleichtert hat. In der ersten Hälfte 1912 betrug aber der Import immer noch 150 000 Doppelzentner. Die schweizerische Müllerei kämpft heute noch an vielen Orten mit Verzweiflung gegen die übermächtige Konkurrenz. Von einer Beilegung des Konflikts, wie gemeldet wurde, ist keine Rede; die schweizerische Diplomatie hat sich nur bis auf Weiteres zurückgezogen, weil ihr nichts anderes übrig blieb. Die Lösung der Differenz bleibt bis zu den Unterhandlungen über den neuen Handelsvertrag von 1917 verschoben. Die Bundesbehörden suchen das Los der Müllerei durch billige Eisenbahntarife und dadurch, dass ihr Gelegenheit geboten wird, Getreide billig einzulagern, zu verbessern.

Noch während der Spannung mit Deutschland und trotz der demütigenden Behandlung, die sich der schweizerische Bundesrat durch die deutsche Diplomatie gefallen lassen musste, hat er bereitwillig einen neuen *Niederlassungsvertrag* zugestanden, worin Deutschland auf Anregung der deutschen Gesandtschaft in Bern eine Ermäßigung der Kontrollmaßregeln gegenüber den die Schweiz überflutenden Deutschen gewährt wird. Der Vertrag wurde

in ziemlich bitterer Stimmung von den Räten genehmigt, aber dieses Vorgehen beleuchtet die Unfruchtbarkeit und Unzulänglichkeit der schweizerischen Diplomatie besser als irgend etwas. Während das Handelsdepartement mit einem Staate im Streit liegt, beeilt sich das Justizdepartement, dem gleichen Staate die größten und für die Schweiz gar nicht notwendigen oder dringlichen Konzessionen zu machen, und der Gesamtbundesrat und die eidgenössischen Räte müssen nolens volens ihren Segen dazu geben. Da möchte man wirklich wie bei andern Gelegenheiten ein Vexierbild machen mit der Frage: *wo ist das politische Departement?*

Ein anderer Erwerbszweig, der die schwere Hand Deutschlands zu fühlen bekommt, ist unsere *elektrische Industrie*.

Die deutsche Konkurrenz tut seit Jahren alles, um sich den schweizerischen Markt zu erobern. Im Vordergrund steht die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin* mit einem Aktienkapital von 130 Millionen Mark, 50 Millionen Obligationen und 59 Millionen Reserven, mehr als alle schweizerischen Gesellschaften zusammen, die in Frage kommen. Diese besitzen in Millionen Franken:

	Aktien	Obligationen	Reserven
Brown, Boveri & Co.	28	10	5,88
Alioth & Co.	6	5	0,09
Zusammen	34	15	5,97
Örlikon	8	4	0,28

Alioth & Co. sind von Brown Boveri aufgesogen worden; es stehen sich somit in der Schweiz bloß noch zwei Gruppen gegenüber. Dass die Stellung besonders von Örlikon auch im Inland keine leichte ist, geht aus unseren Zahlen ohne weiteres hervor. Eine Unternehmung wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft kann schon deshalb billiger als unsere Schweizer Firmen arbeiten, weil sie dieselben Maschinen in größerer Zahl zu erstellen vermag; man braucht sich also nicht zu wundern, wenn schweizerische Firmen um Hunderttausende, ja sogar um Millionen unterboten werden. Bei Aufträgen für elektrische Eisenbahnen sind die inländischen Eingaben durch Vertreter eines deutschen Hauses um Hunderttausende unterboten worden. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass speziell die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft gegen

die schweizerischen Gesellschaften *einen Kampf bis aufs Messer* führt. Sie besitzt Agenturen in Basel, Zürich, Lausanne und Bern; mit der Bank für elektrische Industrie in Zürich ist sie enge verbunden. Ist unsere elektrische Industrie genügend geschwächt oder der deutschen tributär gemacht, dann wird sich das Blatt wohl wenden. Dann kommen mit der erreichten Alleinherrschaft die Zeiten der Ernte, das heißt der unabweisbaren *Erhöhung* der Preise bei der bevorstehenden Elektrifizierung der Gotthardbahn im Besondern und derjenigen der Bundesbahnen im Allgemeinen. Jedenfalls ist es sehr zeitgemäß, sich das *Schlussprotokoll des Gotthardvertrags* zu vergegenwärtigen, wo der viel zu wenig beachtete Absatz steht:

Für den Fall, dass aus Anlass einer späteren Elektrifizierung der Gotthardbahn Materialbestellungen notwendig werden, erklärt die Schweiz, dass die Schweizerischen Bundesbahnen in Ansehung dieser Leistungen an ihrer bisherigen Übung festhalten und einen allgemeinen, der Industrie aller Länder zugänglichen Wettbewerb eröffnen werden.

Hinsichtlich der sonstigen Materialbestellungen für die Gotthardbahn erklärt die Schweiz, nicht die Absicht zu haben, in dem derzeitigen Verfahren der Schweizerischen Bundesbahnen eine Änderung eintreten zu lassen.

Nach den vorausgehenden Erörterungen kann man sich an den Fingern abzählen, was die Folgen der Annahme des Gotthardvertrags für unsere elektrische Industrie sein würden. Seine Bedeutung ist nach bisheriger Praxis der deutschen Firmen zu urteilen, derart, dass die Elektrifizierung der Gotthardbahn und damit indirekt auch der übrigen Bahnen vornehmlich dem *Ausland* zugute kommen soll und dass die inländische Industrie sich mit kleinen Brocken begnügen oder zu Schundpreisen arbeiten muss. Die Vertreter unserer elektrischen Industrie sehen dieser Entwicklung der Dinge mit großer Sorge entgegen und die Annahme des Vertrags wurde geradezu als Ruin unserer elektrischen Industrie bezeichnet. Das mag übertrieben sein, aber eine schwere Schädigung steht ihr bei seiner Annahme ganz sicher bevor.

Eine solche Bestimmung ist überdies des Landes *unwürdig*, weil die *andern* Vertragstaaten, vor allem Deutschland, bei *staatlichen* Bauten die schweizerische Konkurrenz *kategorisch* abweisen, Grenzorte wie Basel ausgenommen. Österreich erteilt keine Konzession ohne die Klausel, dass die österreichischen Fabriken bevorzugt werden müssen. Ungarn hat die Bevorzugung

der inländischen Industrie gesetzlich festgelegt. Ähnlich verfahren fast alle Staaten.

Es geschieht im Ausland entschieden mehr zum Schutz der einheimischen Industrie als bei uns. Man bezahlt lieber einer einheimischen Fabrik 10 bis 20% mehr, als dass man eine ausländische wählt. Immerhin ist zu sagen, dass im allgemeinen die *Kantone* die einheimische Industrie begünstigen. Nun hat sich schon bei der Vergebung des Hauensteinbasistunnels an eine ausländische Firma mit Recht eine starke Opposition erhoben. Und was sich bei der Vergebung des zweiten Simplontunnels abgespielt hat, ist noch in aller Gedächtnis.

Wozu soll bei dieser Praxis anderer Staaten, und besonders Deutschlands, bei staatlichen Bauten die Schweiz sich sogar durch einen *Staatsvertrag* binden, die *ausländische Konkurrenz* unbeschränkt zuzulassen, wenigstens bei der Gotthardbahn, und zwar *für immer*? Mit dieser Bestimmung wird das freie Dispositionsrecht des Bundes und der Bundesbahnen in unwürdiger Weise unterbunden.

Damit soll nicht gesagt sein, dass es klug oder richtig wäre, in Zukunft ebenso einseitig vorzugehen wie das Ausland uns gegenüber. Das wäre bei den vorherrschenden Interessen unserer Exportindustrie kaum möglich. Aber die *Freiheit der Entscheidung* soll man sich wahren, um je nach den Umständen handeln zu können.

Man hat schon jetzt Müsterchen, was geschehen wird, wenn die Konkurrenzfrage durch einen *Staatsvertrag* festgelegt sein wird. Amtliche deutsche Vertreter in der Schweiz haben wiederholt Vorstellungen gemacht, warum die kantonalen Regierungen so ausschließlich das Inland begünstigen. Vor einem Jahr hat ein deutscher Konsul dem zuständigen Vertreter einer kantonalen Regierung sein Erstaunen ausgedrückt, dass sie ihre Motoren im Inland bestelle! Wie wird das erst werden bei Bauten und Lieferungen für die Gotthardbahn, wenn der deutsche Gesandte und die deutschen Konsuln mit dem Gotthardvertrag in der Hand den schweizerischen Behörden ihre Aufwartung machen?

Es wird dann kaum mehr angehen, dass man wie beim Bau des zweiten Simplontunnels eine um Millionen billigere deutsche Offerte zurückweist, weil man die Ausführung eines großen Wer-

kes der einheimischen Industrie erhalten will. Entweder muss die Schweizerindustrie zu Schundpreisen mitkonkurrieren oder zurückstehen. Die Firma, die die Erstellung besorgt, wird überdies auch bei den Nachlieferungen und Reparaturen den Vorzug bekommen.

Das ist ein weiteres Beispiel der nicht nur von privater sondern auch von amtlicher Seite versuchten wirtschaftlichen Einkreisung der Schweiz und alle offiziösen Verwedelungsversuche vermögen die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, dass speziell der Gotthardvertrag auf einem wichtigen Gebiet einen Einbruch in unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit bedeutet. Jedermann begrüßt es, wenn sich die Beziehungen der Schweiz zu Deutschland und Italien mehren, aber das soll in einer eines selbständigen Staates würdigen Weise geschehen. Es gibt noch genug internationale Faktoren, die die wirtschaftspolitische Einkreisung unseres Landes begünstigen und die wir nicht kontrollieren können. Man braucht deren Wirkungen durch Selbstverschulden nicht noch zu vermehren.

Die ungeheure Sammlung der Kräfte besonders in Deutschland auf dem Gebiet des Bankwesens und der Industrie macht ganz von selbst den Konkurrenzkampf für die Schweiz immer schwerer. Gegen diese Häufung vermag selbst Deutschland nichts, von dessen mächtigem Aufschwung auch die Schweiz Nutzen hat; aber wir brauchen die Lage nicht noch *ohne Not* durch einen unbesonnenen Staatsvertrag zu erschweren, der uns wirtschaftlich für immer und auf unwürdige Weise die Hände bindet und die Einkreisung der Schweiz verschärft.

* * *

Italien gegenüber hat der Gotthardvertrag wirtschaftlich weniger große Bedeutung. Beunruhigend ist hier die systematische Art, mit der Italien die Schweiz an der Südgrenze durch Befestigungen *militärisch* einzukreisen versucht. Es ist davon in letzter Zeit in der Presse viel die Rede gewesen. Wir wollen das Wichtigste kurz zusammenstellen.

Im *Veltlin* werden italienische Befestigungen und Wegebauten gegen die Dreisprachenspitze angelegt, dazu ein Fort bei Bormio. Diese Befestigungen machen allerdings Front gegen Österreich,

können sich aber auch gegen die Schweiz richten, besonders der Straßenbau von Bormio nach Livigno. Die Straße führt gegen die Grenze des Engadins und gegen die Berninastraße. Heute sind die Übergänge ins Engadin noch Saumwege, nach der Berninastraße führt ein Fahrweg.

Streitig ist der Besitz des *Val Orsera* an der Forcola di Livigno; setzt Italien seinen Anspruch durch, so kann es von der neuen Grenze aus die *Berninastraße* mit Gebirgsartillerie beherrschen.

Viel Aufsehen erregt der Bau eines Forts auf den Höhen südlich Tirano, von wo aus man den untern Teil des *Puschlav* (Gegend von Brusio) beherrscht; ferner der Bau eines Forts auf dem Hügel von *Fuentes* bei Colico, die beide zweifellos gegen die Schweiz gerichtet sind.

Im *Misox* erhebt Italien seit einigen Jahren Anspruch auf die *Alp westlich des Passo di Balniscio*, also auf Gebiet, das diesseits der die Grenze bildenden Wasserscheide liegt. Von der beanspruchten *neuen* Grenze aus *kann die Bernhardinstraße* auf nicht ganz 2 km Entfernung unter Feuer genommen werden.

Beunruhigend sind die Arbeiten an der *tessinischen* Grenze. Am Joriopass wird eine Kaserne dicht an der Grenze gebaut zu den schon seit Jahren bestehenden Grenzwächterkasernen hinzu, die bereits weit größer gebaut sind, als die Unterkunft der dort befindlichen Mannschaft es erfordert.

Es existiert das Projekt des Baues einer Straße von *Lanzo d'Intelvi* auf die *Höhe südlich Caprino* (Monte la Sighignola), von wo aus man *Lugano auf 4,5 km beherrscht*.

Der Bau eines oder mehrerer Forts auf *Brunate* bei Como hat bereits begonnen; die Entfernung bis Chiasso ist 4,5 km, bis Mendrisio 9 km, was für die modernen italienischen 15 cm-Geschütze als günstige Schussweite gilt.

Es sind Befestigungsbauten auf der *Höhe zwischen Porto Ceresio und Ponte Tresa* (Monte Cuasso) projektiert. Von dort aus kann man das ganze Gebiet von Melide-Lugano-Agno, Ponte Tresa und noch weit in den Malcantone hinein unter Feuer nehmen. Man spricht auch von größeren Befestigungsanlagen bei *Varese*.

Allen diesen Befestigungen wird von schweizerischen Fachleuten *offensiver* Charakter beigelegt.

Auch im *Simplongebiet* sind die Italiener an der Arbeit. Es wird gemeldet, italienische Generalstabs- und Genieoffiziere hätten in der Gegend von *Pallanza-Fondo Toce* Rekognoszierungen für den Bau von Befestigungen vorgenommen.

Die schon seit einigen Jahren begonnene Straßen- und Eisenbahnsperre zwischen Station und Dorf *Iselle* wird immer weiter ausgebaut; auch bei *Trasquera* oberhalb Iselle werden Werke erstellt. Außerdem soll der Bau eines größeren Forts bei Iselle projektiert sein.

Beunruhigend ist, dass auf der Höhe 2,5 km südlich des Großen St. Bernhard eine Militärstraße zu einer Stellung gebaut wird, *von wo aus man das Hospiz vollständig beherrscht*.

Es ist ja möglich und wahrscheinlich, dass diese Befestigungen von der italienischen Regierung nicht in *erster* Linie gegen die Schweiz gerichtet sind, sondern gegen das Vordringen eines von Osten, Norden oder Westen kommenden Truppenkörpers einer Großmacht.

Ein italienisches Blatt „La Preparazione“ wirft die Frage auf, ob es denn so außer jeder Möglichkeit liege, dass einmal in einem europäischen Kriege ein fremdes Heer von den Alpen nach Italien herabsteige. Dagegen müsse Italien gerüstet sein.

Wir haben seit einiger Zeit begonnen, unsere Nordfront zu befestigen; soweit sie an schweizerisches Gebiet stößt, unterließen wir es bis heute, da uns die Neutralität unserer Nachbarn ein genügender Schutzwall schien. Dieser Schutzwall ist aber nicht so fest, dass er nicht einmal fallen könnte, mit oder ohne Wille der Schweizer. Italien hat gegen die Schweiz keine offensiven Absichten, noch wird es solche in der Zukunft haben, und ebensowenig fürchten wir die Möglichkeit, dass uns die Schweiz einmal angreife. In beiden Fällen kämen wir übrigens ohne Befestigungen aus und es braucht ziemlich viel Eigendünkel (*presunzione*), zu glauben, dass wir uns aus Furcht vor einem Kriege mit der Schweiz befestigen.

Das macht die Lage der Dinge für die Schweiz nicht weniger ungemütlich. Die heutigen Absichten der italienischen Regierung sind Nebensache. Das Wesentliche ist die *Tatsache der fortschreitenden militärischen Einkreisung* im Süden der Schweiz, deren Gebiet sie gefährdet, ganz gleichgültig, wer als Feind Italien vielleicht einmal gegenüberstehen könnte.

Dass die Phantasie der Italiener durch die Tagespresse und sonstwie immer mehr auf den Besitz der italienisch und romanisch sprechenden Teile der Schweiz gerichtet wird, unterliegt keinem Zweifel. Das in Florenz erscheinende Wochenblatt „La Voce“, ein führendes Organ des Irredentismus, trägt an seinem Kopf die Worte: „Abbonamento per il Regno, Trento, Trieste, Cantone Ticino, L. 5.—, Estero L. 7.50“. Trient, Triest und der Kanton Tessin zählen also für „La Voce“ nicht zum Ausland. Die verschiedenen Propagandakarten, die die Schweiz um das Tessin und den größten Teil Graubündens beschneiden, sind noch in jedermanns Gedächtnis.

Die irredentistische Presse macht mit derartigem Vorgehen in weiteren Kreisen Italiens Schule. Das Jahrbuch des italienischen Touringklubs für 1912, eines Verbandes, der doch an sich mit Politik wenig zu schaffen hat, enthält ein Ortsverzeichnis, das nach folgenden vier Rubriken geordnet ist: I. Italien. II. Vom geographischen Standpunkt aus italienische Gebiete außerhalb der politischen Grenzen (Paesi geograficamente italiani oltre i confini politici). III. Italienische Kolonien. IV. Ausland. Unter Rubrik II sind außer vielen anderen tessinischen und bündnerischen Ortschaften und Bergpässen noch angeführt: der St. Gotthardpass, der Berninapass, der Malojapass, Pontresina, der Umbrailpass, sogar der Simplonpass und Saxon im Wallis. Sie haben die Ehre, sogar vor den italienischen Kolonien zu rangieren.

Die Zeitung „La Grande Italia“ enthält in ihrer Nummer vom 28. Juli 1912 einen langen Artikel über „die wachsende nationale Bedrohung an der Grenze“, worin der Verfasser auch nachdrücklich auf die nationale Gefahr „nel Cantone Ticino“ hinweist und starke umfassende Maßnahmen und militärische Vorbereitung verlangt, damit Italien sein vitales Ziel erreiche, die Alpentäler an seiner Grenze sich zu sichern.

Da müssen wir eines Aufsatzes des italienischen Deputierten Cirmeni über Italien und den Frieden mit der Türkei gedenken, der in dem Buche „*Schweizerische Alpenbahnen. Von einem schweizerischen Offizier.*“ (Verlag Fr. Semminger, Bern) zitiert ist:

Am 5. November erschien dann das Dekret, womit König Viktor Emanuel III. die volle und absolute Souveränität Italiens über Tripolis und die Cyrenaika proklamierte. Dieses Dekret ist für das ganze italienische

Volk unantastbar. Kein Ministerium dürfte je wagen, dem König die Widerrufung oder Abänderung dieses Dekretes vorzuschlagen. Jedweder Versuch gegen die volle und absolute Souveränität über Tripolitanien und die Cyrenaika würde vom Ätna bis zu den Alpen eine allgemeine Bewegung entfesseln, die die Minister und ihre Mitschuldigen wegfegen würde. Man darf nicht vergessen, dass die italienische Regierung, als sie die Expedition nach Tripolis beschloss und dem König das Dekret für die volle und absolute Souveränität unterbreitete, nichts anderes getan hat, als dem ausdrücklichen, in zweifelloser Weise kundgegebenen Willen der Nation zu gehorchen. In Ländern, wo die öffentliche Meinung keinen bestimmenden Einfluss auf die Richtung der Politik ausübt, versteht man nicht leicht den unwiderstehlichen Druck des italienischen Volkes zugunsten des tripolitanischen Unternehmens; man vermag nicht zu begreifen, wie tief diese tripolitanische Angelegenheit in die Volksseele eingedrungen, jedem Italiener ohne Unterschied von Partei, Klasse und Geschlecht und selbst Alter in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Und die Folgerung, die jener schweizerische Offizier daraus zieht, scheint uns überaus einleuchtend:

Und nun fragen wir: Hat sich nicht eine andere Angelegenheit sei viel längerer Zeit tief in die italienische Volksseele eingewurzelt und ist nicht von dieser Angelegenheit seit Jahrzehnten in Italien viel mehr gesprochen und geschrieben worden als von Tripolis? — nämlich von der Vereinigung der italienisch sprechenden Gebiete der Schweiz und Tirols mit Italien! Und wir fragen, ob in einem Volke, das sich wirtschaftlich so entwickelte wie Italien in den letzten Jahrzehnten, das Verlangen nach dem ganzen Besitz der Alpentunnels, an denen seine Landeskinder gearbeitet und teilweise das Leben geopfert haben, und durch die seine Landesprodukte nach dem Norden gehen sollen, nicht mindestens ebenso stark sein muss, wie das Verlangen nach Tripolis. Hat nicht das Erbe, das Graubünden vor 115 Jahren zugunsten der cisalpinischen Republik und vor 98 Jahren zugunsten Österreichs ausschlug, das Verlangen nach dem Gebiete entwickelt, aus dem man bei Münster in das Etschtal gelangt, bei Martinsbruck sich der Donau nähert und bei Sargans den Fuß in der Rheinebene hat?

Man braucht im obigen Zitat nur die Worte „Tripolitanien und Cyrenaika“ durch „Tessin, Graubünden und Oberwallis“ zu ersetzen, um sich ein Bild davon zu machen, was in einem europäischen Kriege unserer Südgrenze wartet.

Über den *Ostalpendurchstich* sagt das erwähnte italienische Blatt „La Preparazione“ in dem selben Artikel:

Hätte Italien nur nach wirtschaftlichen Rücksichten zu entscheiden, so könnten Splügen und Greina ihre Vorzüge mit gleichem Recht ins Treffen führen. Was nun die italienische Regierung betrifft, von der man eine Unterstützung zur Ausführung des großen Werkes verlangt, so kann nur der Splügen in Betracht fallen, obgleich die Greina unter andern Umständen vielleicht vorteilhafter wäre. Den *Ausschlag* gibt die *militärische Seite* der Frage. Der Greinadurchstich käme ganz auf schweizerisches Gebiet. Läge der eine *Tunnelausgang*, wie es beim Splügenprojekt der Fall ist, auf

italienischer Seite, so wäre es eine *Kleinigkeit*, beim heutigen Stande der Technik, ihn *im Kriegsfall zu sperren*. Ein gänzlich auf schweizerischem Territorium ausgeführter Alpendurchstich kommt für uns aber einer Unterbrechung der Alpen an jener Stelle gleich. Die Schweizer sind Herren bei sich zu Hause und können das ihnen günstigere Projekt wählen. Sollten sie sich für die Greina entscheiden, dann darf Italien nicht einen Centesimo an die Ausführung beisteuern. Unsere Regierung muss selbstverständlich alles tun, um den schweren militärischen Schaden abzuwenden, der uns mit der Greina drohen würde. Gelingt ihr das nicht, so soll sie wenigstens nicht zu seinem Gelingen beitragen.

Und da wundert man sich in splügenfreundlichen Kreisen, wenn man angesichts all dieser Vorkommnisse gegenüber dem einen Ostalpenbahnprojekt die größte Zurückhaltung beobachtet, das die Schweiz militärisch schwer gefährdet oder ihr ungeheure Opfer für Festungen auferlegt, und das Deutschland und Italien es nahe legt, sich tarifpolitisch auf Kosten der Schweiz möglichst zu verbinden, und wenn man sagt: wir wollen eine nationale Gefahr, *die schon da ist*, nicht noch durch den Bau einer gefährlichen Eisenbahnlinie erhöhen, die durch eine andere den nationalen Interessen besser dienende sehr wohl ersetzt werden kann.

So könnte man sprechen, wenn es wirklich ein *Recht auf den Splügen* gäbe. Dass es ein solches in rechtsverbindlicher Weise nicht gibt, davon ein ander Mal.

Heute sollte dargelegt werden, dass die Schweiz gegenwärtig von *zwei Großmächten* politisch mit einer *Einkreisung wirtschaftlicher und militärischer Natur* bedroht ist. Die Entwicklung der Fremdenfrage erhöht diese Gefahren beträchtlich; mit der Annahme des Gotthardvertrags auf ewige Zeit und einer unrationellen und antinationalen Lösung der Ostalpenfrage würden sie geradezu unabweisbar.

BERN

J. STEIGER

(Fortsetzung folgt.)

